



Antrag

der Fraktion der FDP

Arbeitnehmerfreizügigkeit: Perspektiven bieten, Chancen ergreifen, Missbrauch verhindern, anti-europäischem Populismus keine Chance lassen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Arbeitnehmerfreizügigkeit stellt eine der vier Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarkts dar. Sie erhöht die Mobilität innerhalb der Europäischen Union, bietet Arbeitnehmern neue Perspektiven und eröffnet Unternehmen zusätzliche Chancen, um Fachkräfte für sich zu gewinnen. Die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit, die seit dem 01. Januar für 27 der 28 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union gilt, ist ein Motor für Wohlstand, Wachstum und Integration in Europa.

Der Landtag befürwortet die Arbeitnehmerfreizügigkeit im europäischen Binnenmarkt und begrüßt daher die Ausweitung auf Bulgarien und Rumänien. Der Landtag erkennt an, dass die überwältigende Mehrheit der Zuwanderer für unser Land und unsere Volkswirtschaft einen großen Mehrwert bedeutet. Aufgrund des demographisch bedingten Rückgangs der Erwerbspersonen und des damit einhergehenden Fachkräftemangels kann unser Land zur dauerhaften Sicherung der Wirtschaftskraft und des Wohlstandes auf diese Menschen nicht verzichten.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Hinweise des Deutschen Städtetages auf sogenannte „Armutszuwanderung“ und deren Folgen für einzelne ernst zu

nehmen, die betroffenen Kommunen mit den Problemen nicht allein zu lassen und den Kommunen sowie den Menschen vor Ort Lösungsmöglichkeiten anzubieten.

Der Landtag stellt fest, dass in § 5 Absatz 4 des Freizügigkeitsgesetzes sowie in § 7 Satz 2 Nummer 2 SGB II gesetzliche Regelungen bestehen, die einen Missbrauch von Sozialleistungen durch Zuwanderer aus EU-Mitgliedsländern verhindern.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, auf europäischer Ebene auf eine weitere Klarstellung und Präzisierung des vorgestellten Leitfadens zum Thema Sozialleistungen für Neuzuwanderer hinzuwirken, um anti-europäischem Populismus keine Chance zu lassen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich beim Bund und auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit schnellstmöglich auch auf das neue EU-Mitgliedsland Kroatien ausgeweitet wird.

Dr. Heiner Garg
und Fraktion